

Niederschrift

über die 22. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 22.11.2018
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Verein "Meerbusch hilft e.V." - Entfristung der Anerkennung gemäß § 75 SGB VIII (KJHG) i.V.m. § 25 Abs. 1 Nr. 1 Erstes AG-KJHG Vorlage: FB2/0861/2018	4
3 Information zu Betreuungsplätzen in Kindertageseinrichtungen und deren Vergabe Vorlage: FB2/0278/2018	4
4 Weiterentwicklung der Jugendarbeit in Meerbusch Vorlage: FB2/0862/2018	6
5 Haushaltsberatung 2019	7
6 Anträge	15
7 Anfragen	15
8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	16
9 Termin der nächsten Sitzung: 27. Februar 2019	16
10 Verschiedenes	16

Sitzungsort: Städt. Realschule Osterath, Görresstr. 6, 40670 Meerbusch, Aula

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Dieter Lerch Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Ralph Jörgens Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Frau Daniela Glasmacher Ratsmitglied

In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen

Frau Monika Driesel Sachkundige Bürgerin

Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind

Frau Brigitte Scheer Freie Vereinigungen

Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind

Frau Sigrid Brennecke NABU

Herr Bastian Förster Jugendfeuerwehr Meerbusch Vertretung für Herrn Dr. Andreas Drexler

Frau Elisabeth Funke OBV Meerbusch e.V.

Beratende Mitglieder

Herr Frank Bachmann Untere Schulaufsichtsbehörde

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied Vertretung für Frau Ingrid Maas

Herr Udo Holländer Stadtjugendring Vertretung für Herrn Hans-Jürgen Barbarino bis

Frau Martina Ketzer Evangelische Kirchengemeinde

Frau Julia Lung Katholische Kirchengemeinden

Herr Bernd Zimmerling Polizeibehörde

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Peter Annacker Vertreter der Stadt

Frau Susanne Rieth Fachbereich 2

Frau Birgit Smitmans Fachbereich 2

Schriftführerin

Frau Angela Römmler-Graf

Fachbereich 2

es fehlen:

Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind

Herr Christian Bößen

Sachkundiger Bürger

Herr Dr. Andreas Drexler

Jugendverbände

vertreten durch Herrn Förster

Herr Markus Lange

BDKJ

Beratende Mitglieder

Herr Hans-Jürgen Barbarino

Stadtjugendring

vertreten durch Herrn Holländer

Herr Dr. Andreas Doll

Jugendamtselternbeirat

Frau Ingrid Maas

Integrationsrat

vertreten durch Frau Docktor

Herr Peter Schmitz

Agentur für Arbeit

Herr Ulrich Steeger

Familiengericht

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Vorsitzende Schoppe die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Sie verweist auf die zur Haushaltsberatung 2019 eingegangenen Anträge der Fraktionen, sonstige Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

2 Verein "Meerbusch hilft e.V." - Entfristung der Anerkennung gemäß § 75 SGB VIII (KJHG) i.V.m. § 25 Abs. 1 Nr. 1 Erstes AG-KJHG Vorlage: FB2/0861/2018

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die bisher auf 2 Jahre befristete Anerkennung des Vereins "Meerbusch hilft e.V." mit Sitz in Meerbusch als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII (KJHG) i.V.m. § 25 Abs. 1 Nr. 1 Erstes AG-KJHG, für den Bereich der Brückenprojekte, bis zum Wegfall dieser Aufgaben, *unbefristet* auszusprechen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Abstimmung erfolgt ohne weitere Beratung nach Vorlage.

3 Information zu Betreuungsplätzen in Kindertageseinrichtungen und deren Vergabe Vorlage: FB2/0278/2018

Erster Beigeordneter Maatz führt in die Beratung ein und fasst die Kernpunkte zu der in der Informationsvorlage dargelegten Betreuungssituation in Meerbusch nochmals zusammen. Wie jedes Jahr werde der JHA in der Sitzung am 27.02.2019 stichtagsscharf über die Versorgungssituation unterrichtet anlässlich der im Rahmen der Jugendhilfeplanung erforderlichen Beschlussfassung zur Meldung der Platzzahlen beim LVR zum 15.03. d.J. Angesichts der aktuellen Situation sei es jedoch Anliegen der Verwaltung, den Fachausschuss bereits vorab umfassend zu informieren. Im Ergebnis sei festzustellen, dass es bislang nicht gelinge, mit dem steigenden Bedarf ausreichend Schritt zu halten. Die Probleme bei der Planung und Realisierung von Neubauten seien dargestellt, im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung im Zusammenhang mit dem ISEK seien im Haushaltsentwurf neben dem geplanten Neubau in Büderich Mittel für eine weitere Kita in Osterath eingestellt. In dem Versuch, die Versorgung bestmöglich sicherstellen zu können, würden aber weiterhin alle schneller und leichter umsetzbaren Möglichkeiten mit Hilfe von Provisorien, zusätzlichen Erweiterungsmöglichkeiten, vertretbaren Überbelegungen geprüft. An diesem Punkt werde auch die Notwendigkeit einer transparenten und sachgerechten Platzvergabe deutlich, zu der die Kommunen seit dem Urteil des OVG Münster aus 2017 aufgefordert seien.

Ratsherr Fliege dankt zunächst für die Erläuterung, stellt aber fest, dass die Stadt hinsichtlich der Versorgungssituation nicht nur ein kleines Problem habe. Bereits in der Sitzung im März 2018 habe er dazu aufgefordert, gemeinsam alle Anstrengungen zu unternehmen, durch den Bau neuer

Kindertageseinrichtungen die Versorgungssituation zu verbessern und alle erforderlichen Fachausschüsse ins Boot zu holen. Dem sei nicht Rechnung getragen worden. Es sei nicht haltbar, dass eine Stadt, in der ständig und insbesondere auch für Familien mit Kindern gebaut werde, derart große Versorgungslücken aufweise. Zudem vermisse er in der Vorlage die Zahlen zur Kindertagespflege und damit zum tatsächlichen Bedarf.

Ratsherr Eimer weist darauf hin, dass es bereits jetzt schwierig sei, freie Personalstellen mit Erzieherinnen zu besetzen. Hier liege die wesentliche Herausforderung beim Platzausbau. Das KiBiz enthalte einige Ungereimtheiten – z.B. dass Kinderpflegerinnen, die ursprünglich für die U3-Betreuung ausgebildet seien, nicht für die Betreuung in U3-Gruppen eingesetzt werden dürften -, die aber auf Landesebene zu regeln seien. Zudem sei ein weiteres Hindernis die eher schlechte Bezahlung der Erzieherinnen; viele stünden dem Arbeitsmarkt nach Abschluss der 3jährigen Ausbildung nicht zur Verfügung. Selbst wenn in Meerbusch ausreichend Plätze vorhanden seien, wäre kaum ausreichendes Personal zu finden. Zudem stellt Ratsherr Eimer die Frage, wo in Büderich überhaupt noch bebaubare Grundstücke für Kindertageseinrichtungen zur Verfügung stünden, wenn der LVR das Hallenbadgrundstück wegen Fluglärms abgelehnt habe.

Erster Beigeordneter Maatz betont, dass die vorgelegten Zahlen lediglich eine Momentaufnahme darstellten und er es für verfrüht halte, Ängste bezüglich der Versorgungssituation zu schüren. Bislang habe die Verwaltung das Verfahren immer gut gemanagt. Im Rahmen der Möglichkeiten versuche die Verwaltung alles, die Herausforderung zu bewältigen. Bereits vor einem Jahr habe es Kritik an den Provisorien und der Überbelegung gegeben. Die Realität erfordere jedoch solche Maßnahmen und die Verwaltung werde weiterhin seriös und nachhaltig daran arbeiten, die notwendigen Ressourcen bereit zu stellen.

Ratsherr Fliege stellt klar, dass an dem Einsatz der Verwaltung kein Zweifel bestehe. Dennoch befänden sich aktuell 560 Kinder nicht in einer Regelbetreuung, wofür eine Lösung gefunden werden müsse.

Ratsherr Wartchow rät dazu, die Lage nicht zu dramatisieren. Auch wenn dies keine Entschuldigung für fehlende Plätze sein könne, stehe Meerbusch im interkommunalen Vergleich immer noch gut da. Dass das Land das Hallenbadgrundstück wegen Fluglärms abgelehnt habe, sei unverständlich, aber Fakt; zudem gebe es das Problem des Fachkräftemangels. Weiterhin bestehe in Meerbusch aber der Anspruch, eine gute Versorgung der Kinder sicher zu stellen, so dass im Rahmen der Haushaltsberatung die Erstellung einer mittelfristigen und stadtteilbezogenen Planung für Betreuungsplätze U3 und Ü3 beantragt werde. Er halte es für wichtig, im Haushalt bereits erste Signale zur Verbesserung der Versorgungsquote zu setzen.

Sachkundige Bürgerin Driesel betont, dass es für einige Familien eine Katastrophe bedeute, in der Regel aber mindestens ein Hemmnis in der Lebensplanung, wenn kein Betreuungsplatz zur Verfügung gestellt werden könne. Das Problem müsse dringend angegangen werden.

Ratsherr Neuhausen appelliert, dass der JHA weniger Kritik an der Jugendverwaltung üben und stattdessen Lobby sein sollte, um die Jugendverwaltung in die Lage zu versetzen, ihren Auftrag erfüllen zu können. Es fehle hier die Unterstützung der anderen Bereiche, die mit mehr Sorgfalt an die Sache herangehen sollten. So habe die Bauverwaltung trotz Fachkenntnis das Hallenbadgrundstück über Monate vorgehalten, obwohl dieses wegen Lärmschutz nicht habe zur Verfügung stehen können. Zudem regt Ratsherr Neuhausen an, vom Grundsatz der Platzvergabe im eigenen Stadtteil abzuweichen. Den Bürgern müsse vermittelt werden, dass auch ein Platz in einem anderen Stadtteil den Anspruch auf einen Betreuungsplatz erfüllen könne. Im Ergebnis unterstütze die SPD-Fraktion den Betrieb von Provisorien zur kurzfristigen Bedarfsdeckung sowie die Qualifizierung von bestehenden Räumlichkeiten.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Jörgens berichtet Erster Beigeordneter Maatz, dass die Verwaltung mit der GWH bereits über die Verlängerung des Mietvertrages für die alte Kita Am Sonngarten verhandele. Ein Rückkauf werde von der GWH bisher nicht unterstützt. Bezüglich des Kreuzer Hofes berichtet Erster Beigeordneter Maatz weiter, dass bereits vor geraumer Zeit Gespräche geführt worden seien. Allerdings hätten die zur Genehmigungsfähigkeit erforderlichen Schritte nicht realisiert werden können, so dass dieses Objekt keine Option darstelle.

Ratsherr Eimer verweist sodann auf den 2. Teil der Informationsvorlage, die Vergabekriterien. Eine ausreichende Zahl von Betreuungsplätzen würde ein umständliches Vergabeverfahren entbehrlich machen.

Vorsitzende Schoppe weist erläuternd darauf hin, dass transparente und sachgerechte Vergabekriterien aufgrund eines Urteils des OVG Münster in jedem Falle gefordert seien, die Umsetzung allerdings bei ausreichender Platzzahl deutlich risikofreier wäre.

4 Weiterentwicklung der Jugendarbeit in Meerbusch Vorlage: FB2/0862/2018

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt,

1. die **Förderung von Schulungen** gem. des Kinder- und Jugendförderplans der Stadt Meerbusch ab 2019 auf eine reine 75 %-Förderung der förderfähigen Kosten, umzustellen. Die Deckelung des Zuschusses auf 26 € pro Tag und Teilnehmer bei auswärtiger Unterbringung bzw. 10,25 € ohne Unterbringung entfällt. Schulungen von Mitarbeitern beim Spitzenverband werden mit 50% gefördert, auch hier entfällt die Deckelung auf 10,25 € pro Tag und Teilnehmer;
2. die **Kinder- und Jugendarbeit des Bürgervereins Nierst** gem. der Allgemeinen Fördergrundsätze des geltenden Kinder- und Jugendförderplans der Stadt Meerbusch (Seite 59 / Abschnitt 2.1.), auch **ohne** Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gem. § 75 SGB VIII, zu fördern;
3. der **Jugendfeuerwehr Meerbusch** im Jahr 2019 Mittel der „besonderen Projektförderung“ zur Durchführung von Schulungen der Jugendwarte, Erlebnispädagogischen Angeboten und Teambuildingmaßnahmen der einzelnen Jugendfeuerwehr-Gruppen sowie den Einsatz von Referenten zu gewähren. Die Förderung der Schulungen soll mit dem allg. Fördersatz von 75 %, die sonstigen Förderungen mit einer 100 % Förderung wg. der besonderen Förderwürdigkeit erfolgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Sachkundiger Bürger Förster erklärt aufgrund der Zugehörigkeit zur Jugendfeuerwehr seine Befangenheit und nimmt an Beratung und Abstimmung nicht teil.

Fachbereichsleiter Annacker erläutert die vorgeschlagenen Änderungen. Insbesondere zu Ziffer 3 verweist er auf die Beratung im vorangegangenen gemeinsamen Ausschuss von Kultur und Jugend zum A 57-Projekt. Dabei solle die Jugendfeuerwehr auch unabhängig von diesem Projekt in den Fokus der Jugendarbeit genommen werden, da es zunehmend schwierig werde, junge Menschen in die Jugendverbandsarbeit einzubinden. Nicht zuletzt im Hinblick darauf, dass aus der Jugendfeuerwehr ein erheblicher Anteil der jungen Menschen zu gegebener Zeit in die freiwillige

Feuerwehr wechsele, solle die Jugendfeuerwehr in ihrer Jugendarbeit unterstützt und qualifiziert werden.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Jörgens erläutert Frau Rieth, dass insgesamt ein Aufwand für Schulungen in Höhe von ca. 10.000 € zu erwarten sei, der aus den verfügbaren Haushaltsmitteln 2019 gedeckt werde.

Alle Fraktionen äußern ihre Zustimmung zum Beschlussvorschlag; es erfolgt die einvernehmliche Zustimmung.

5 Haushaltsberatung 2019

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss, dem Rat den Entwurf des Haushaltes 2019 für den Produktbereich 060 / Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (Seite 361 – 418) einschließlich dem Produkt 050 341 010 / Unterhaltsvorschuss (Seite 349 – 353) und der Veränderungsliste sowie – soweit betroffen – 010 111 080 / Serviceleistungen Baubetriebshof und 010 111 140 / Technisches Gebäudemanagement zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Beratung des Haushaltsentwurfs 2019 einschließlich der Veränderungsliste der Verwaltung erfolgt in der Reihenfolge des Produkthaushaltes. Die Abstimmung über die Änderungsanträge der Fraktionen erfolgt beim jeweiligen Produkt.

Produkt 050 341 010 - Unterhaltsvorschuss Seite 351 bis 353

Es besteht kein Beratungsbedarf.

Produkt 060 361 010 - Förderung von Kindern in Kindertagespflege Seite 365 bis 371

a)

Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN zu 060 361 010 / 5318 0000 – Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke / Gewährung eines Betriebskostenzuschusses an den TMV e.V. für das Jahr 2019 in Höhe von 5.000 €

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dem Verein Tagesmütter Meerbusch e.V. für das Jahr 2019 einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 5.000 € zu gewähren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ratsherr Fliege führt zur Begründung des Antrages aus, dass für 2018 letztmalig ein Zuschuss in Höhe von 6.000 € beschlossen worden sei. Dem TMV e.V. sei es gelungen, den Zuschussbedarf auf

5.000 € zu reduzieren. Zur Unterstützung der wichtigen Arbeit des Vereins solle nunmehr der reduzierte Zuschuss beschlossen werden.

Ratsherr Eimer unterstützt den Antrag umfanglich.

Ratsherr Wartchow trägt den Antrag für das Jahr 2019 ebenfalls mit, weist aber darauf hin, dass er eine deutlichere Reduzierung erwartet habe. Er appelliere daher an den TMV e.V., intensiv nach günstigeren Räumlichkeiten zu suchen.

Ratsfrau Glasmacher unterstützt den Antrag und weist darauf hin, dass die Anmietung günstigerer Räumlichkeiten kaum realistisch sei. Zudem sei durch den TMV dargelegt, dass zur Aufbewahrung der datenschutzrechtlich relevanten Unterlagen abschließbare Räumlichkeiten unverzichtbar seien.

Sodann wird dem Antrag einvernehmlich zugestimmt.

b)

Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN zu 060 361 010 / 5331 0000 – Soziale Leistungen an nat.Pers.a.v.E. / Erhöhung des Ansatzes 2019 für Geldleistungen an Tagespflegepersonen um 53.187€

Beschluss:

Der Antrag von Bündnis90/DIE GRÜNEN auf Erhöhung des Ansatzes 2019 für laufende Geldleistungen an Tagespflegepersonen um 53.187 € wird an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ratsherr Fliege verweist zur Begründung des Antrages zunächst auf den einstimmigen Beschluss zur Haushaltsberatung 2018, wonach die Geldleistungen für Tagespflege an die Entgelte des TVöD angepasst werden sollten. Dieser Beschluss solle nun umgesetzt werden.

Erster Beigeordneter Maatz erläutert, dass 2018 eine Erhöhung in Höhe von 1,5 % in den Ansatz aufgenommen worden sei in der Erwartung, der zur Umsetzung erforderliche Beschluss werde vom Rat getroffen. Dies sei jedoch nicht erfolgt. Der JHA könne Entscheidungen nur im Rahmen des vom Rat zur Verfügung gestellten Budgets treffen. Nur der Rat könne aufgrund seines Satzungsrechtes daher in letzter Konsequenz über die Höhe der Geldleistungen entscheiden. Mangels Ratsbeschluss hätten die rechtlichen Voraussetzungen für eine Erhöhung der Geldleistungen nicht vorgelegen, so dass die Verwaltung keine zusätzlichen Haushaltsmittel habe einplanen können.

Ratsherr Fliege weist darauf hin, dass der Gesamthaushalt im Rat abgestimmt sei und dort keine Widersprüche gegen die geplante Erhöhung erhoben worden seien.

Ratsherr Wartchow räumt als Fehler ein, dass der Rat im vergangenen Jahr die entsprechenden Vergütungssätze nicht nochmals bestätigt habe. Die Kopplung der Geldleistungen an den TVöD habe auch das Ziel gehabt, die Anpassung zu automatisieren und damit zu vereinfachen. Die Notwendigkeit der jeweiligen Bestätigung des Rates erfülle dieses Ziel nicht, so dass möglicherweise die Rückkehr zur alten Vorgehensweise mit der Orientierung am Durchschnittwert der umliegenden Gemeinden sinnvoller sei. Damit bliebe die Entscheidungskompetenz beim JHA als zuständigem Fachausschuss.

Es folgt eine intensive und kontroverse Diskussion um das weitere Verfahren.

Ratsherr Neuhausen fasst letztlich zusammen, dass viele Meinungen und Vorschläge vorgetragen seien über die heute nicht mehr entschieden werden könne. Aufgrund des bestehenden Beratungsbedarfs schlage er daher vor, den Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss zu verweisen.

Dem Verweisungsantrag wird einvernehmlich zugestimmt.

Produkt 060 362 010 Kinder- und Jugendarbeit Seite 375 - 378

a)

Antrag der SPD-Fraktion zu 060 362 010 / 5291 0000 – Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen / Bereitstellung von 10.000 € zur Gründung eines Jugendforums

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, für die Gründung und Gestaltung eines Jugendforums im Jahr 2019 einen Betrag in Höhe von 5.000 € bereit zu stellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ratsherr Neuhausen betont zur Antragsbegründung die Bedeutung der Beteiligung Jugendlicher an demokratischen Entscheidungsprozessen. Unter Hinweis auf die in gemeinsamer Sitzung mit dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschlossene neue Stelle eines Sozialarbeiters für mobile Jugendarbeit sei das Jugendforum eine sinnvolle Ergänzung. Dieser könne die Jugendlichen pädagogisch und organisatorisch begleiten und unterstützen. Der beantragte Ansatz von 10.000 € sei lediglich geschätzt.

Ratsherr Fliege stimmt dem Antrag vollumfänglich zu. Dieser greife auf, was von Bündnis90/DIE GRÜNEN bereits seit Jahren angestrebt werde.

Auch Ratsherr Jörgens unterstützt den Antrag, bedauert aber, dass nicht bereits dem entsprechenden Antrag der FDP-Fraktion im vergangenen Sommer hinsichtlich der Querkopf Akademie entsprochen worden sei. Das Thema müsse sich entwickeln, die neue Kraft müsse sich einarbeiten. Angesichts der im Jugendetat auch zur Halle 9 bereits eingestellten Projektmittel sehe er daher keine Notwendigkeit, zusätzliche Haushaltsmittel bereit zu stellen.

Ratsherr Neuhausen betont nochmals, dass der beantragte Ansatz lediglich ge-griffen sei. Er sehe aber die Notwendigkeit, ein Signal zu setzen und den neuen Straßensozialarbeiter für die Gründung des Jugendforums auch mit Haushaltsmitteln auszustatten. Eine Reduzierung des Ansatzes auf 5.000 € halte er für vertretbar.

b)

Antrag der FDP-Fraktion zu 060 362 010 / 5318 0000 – Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke / Streichung der eingeplanten Mittel von 30.000 € für Projektförderung in der Halle 9 und Bereitstellung von 55.200 € für die Förderung größerer Projekte auch nichtorganisierter Gruppierungen

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss lehnt den Antrag auf Bereitstellung zusätzlicher Projektfördermittel in Höhe von 25.200 € und Aufhebung der Verknüpfung mit der Projektförderung in der Halle 9 ab.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		3	
SPD		2	
FDP	1		
Bündnis 90/Die Grünen	1		
UWG	1		
In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen	1		
Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind		1	
Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind	1	2	
Gesamt:	5	8	0

Ratsherr Jörgens bezieht sich auf die in gemeinsamer Sitzung mit dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss am 15.11.2018 bereits geführte Diskussion. Die FDP-Fraktion sei weiterhin der Auffassung, dass die Projektfördermittel ohne Verknüpfung mit der Halle 9 zur Verfügung gestellt werden sollten.

Ratsherr Fliege führt aus, dass der Antrag zwar die aktuelle Beschlusslage ignoriere. Da aber die bereit gestellten 30.000 € nach Ansicht von Bündnis 90/DIE GRÜNEN nicht richtig installiert seien und das Drumherum nicht stimmig sei, werde er dem Antrag zustimmen.

Nach kurzer Diskussion über die Notwendigkeit und Zulässigkeit einer erneuten Beschlussfassung erfolgt die Abstimmung mit mehrheitlicher Ablehnung des Antrages.

c)

Antrag der CDU-Fraktion zu 060 362 010 / 5318 0000 – Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke / Bereitstellung von 10.000 € zur Schaffung eines Jugendtaxi

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

- die Verwaltung wird beauftragt, eine Konzeption für die Einrichtung eines Jugendtaxi zu entwickeln;
- für die Schaffung des Jugendtaxi werden Mittel in Höhe von 10.000 € bereitgestellt. Die Mittel werden mit einem Sperrvermerk versehen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	3		
SPD	2		
FDP	1		
Bündnis 90/Die Grünen	1		
UWG		1	
In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen	1		
Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind	1		
Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind	3		
Gesamt:	12	1	

Ratsherr Wartchow begründet den aus der Jungen Union hervorgegangenen Antrag, der ein Thema aufgreife, das schon verschiedentlich auch im Zusammenhang mit der Halle 9 diskutiert worden sei - die schlechte Erreichbarkeit einiger Stadtteile in Meerbusch. Verschiedene Ansätze seien bereits teils mit, teils ohne Erfolg getestet worden. Mit dem vorliegenden Antrag solle im Modellprojekt versucht werden, die Mobilität in Meerbusch herzustellen. Alternativ bleibe die Ausweitung des ÖPNV. Die praktische Umsetzung sei noch mit vielen Fragen behaftet, so dass die Verwaltung ggf. aufgefordert werden sollte, ein entsprechendes Konzept zu entwickeln.

Ratsherr Fliege begrüßt den Antrag und weist darauf hin, dass Bündnis 90/DIE GRÜNEN bereits im vergangenen Jahr einen ähnlichen Antrag zur Diskussion gestellt habe. Zwar liege derzeit noch kein Konzept vor, grundsätzlich sei der Vorschlag aber - begrenzt auf das Meerbuscher Stadtgebiet - einen Versuch wert.

Ratsherr Eimer hält den Antrag im Grunde nicht für abstimmungsreif, da die Fragen der praktischen Umsetzung noch völlig offen seien. Auch der Jugendschutz müsse Berücksichtigung finden. Möglicherweise sei hier aber ein Betätigungsfeld für den neuen mobilen Jugendsozialarbeiter im Rahmen des Jugendforums gegeben. Dem Antrag könne daher grundsätzlich entsprochen werden, sofern die Mittel mit einem Sperrvermerk versehen würden.

Ratsherr Jörgens findet die Idee grundsätzlich gut, weist aber darauf hin, dass die im Antrag benannte Gemeinde Hachenburg gänzlich andere Strukturen aufweise als Meerbusch mit seinen umliegenden Großstädten und dem vorhandenen ÖPNV. Hinsichtlich eines ganzheitlichen ÖPNV und auch der Berücksichtigung weiterer Personengruppen, die ggf. Unterstützung benötigten, stelle sich die Frage nach der Beteiligung des Planungsausschusses.

Dies hält Ratsherr Wartchow angesichts des eher kleinen Projektes jedoch nicht für notwendig.

Ratsfrau Glasmacher hält den Antrag in vorliegender Form für unausgegoren, auch hinsichtlich des bei der Verwaltung entstehenden Aufwandes z.B. für die Abrechnung. Sie beantrage daher, den Antrag zurückzuziehen und im nächsten Jahr mit allen erforderlichen Informationen sowie Angaben zu Kosten und Aufwand erneut vorzulegen. Dieser Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		3	
SPD		2	
FDP		1	
Bündnis 90/Die Grünen		1	
UWG	1		
In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen		1	
Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind		1	
Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind		3	
Gesamt:	1	12	

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion, ergänzt um den Auftrag an die Verwaltung, ein Konzept zu entwickeln sowie die Haushaltsmittel in Höhe von 10.000 € mit einem Sperrvermerk zu versehen. Die Freigabe solle erst erfolgen, wenn ein überzeugendes Konzept vorliege.

Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

d)

Die durch **Veränderungsliste der Verwaltung zu 060 362 010 / 5318 0000** – Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke - mitgeteilte Erhöhung des Ansatzes durch zusätzliche Bereitstellung von 40.000 € anlässlich der Fortsetzung des JuCa bis einschließlich März 2019 wird zur Kenntnis genommen.

Produkt 060 363 010 **Ergänzende und ersetzende Hilfen** Seite 381 - 385

Es gibt keinen Beratungsbedarf.

Produkt 060 363 020 **Kinder- und Jugendsozialarbeit, Familienförderung**
Seite 387 – 390

Es gibt keinen Beratungsbedarf.

Produkt 060 363 030 **Gesetzliche Vertretung** Seite 391 - 393

Es gibt keinen Beratungsbedarf.

Produkt 060 365 010 **Kindertagesbetreuung in Einrichtungen** Seite 395 - 405

a)

Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN zu 060 365 010 / 5281 0000 – Aufwendungen für sonstige Sachleistungen / Erhöhung Kosten des Mittagessens um 45.000 €.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, für eine qualitative Verbesserung der Mittagversorgung in den Kindertageseinrichtungen zusätzliche Mittel in Höhe von 45.000 € bereitzustellen; die Mittel werden mit einem Sperrvermerk versehen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	3		
SPD	2		
FDP		1	
Bündnis 90/Die Grünen	1		
UWG	1		
In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen	1		
Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind	1		
Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind	2	1	
Gesamt:	11	2	

Sachkundige Bürgerin Driesel verweist auf die im letzten Jahr vorgelegte Information zur Mittagsversorgung in den Kindertageseinrichtungen. Mit dem Antrag sei beabsichtigt, weitere Workshops zur Verbesserung der Ernährung anbieten und sich daraus ergebende zusätzliche Kosten der Umsetzung decken zu können.

Ratsherr Eimer informiert, dass in der kommenden Woche in Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale ein Workshop stattfindet. Er gehe jedoch davon aus, dass die allgemein bekannten Anforderungen an gesunde Ernährung seitens der Verwaltung bereits berücksichtigt würden. Es stelle sich daher die Frage, wofür die beantragten Mittel in Höhe von 15% des Ansatzes zu verwenden seien.

Erster Beigeordneter Maatz betont, dass beispielsweise eine vollständige Umstellung auf Frischkost mit den beantragten Mitteln nicht möglich sei. Zudem reichten die vorhandenen Räumlichkeiten für eine reine Frischkostzubereitung nicht aus. Es werde daher weiterhin auch teilweise Anlieferung von Fertiggerichten notwendig sein mit frischer Beikost. Zielgruppe für entsprechende Fortbildungen müssten daher insbesondere die Küchenkräfte sein.

Sachkundige Bürgerin Funke bestätigt, dass gesunde Ernährung in den Einrichtungen bereits ein präsent, wichtiges Thema sei. Eine vollständige Umstellung auf Bioprodukte sei erstrebenswert aber mit deutlich höheren Kosten verbunden. Sie schlage daher vor, die Ergebnisse des Workshops abzuwarten und dann konkrete Ideen umzusetzen.

Es besteht Einvernehmen, dass eine Verbesserung der Ernährung in den Kindertageseinrichtungen – analog zur Verpflegung in Schulen – grundsätzlich anzustreben sei. Dem Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird daher mehrheitlich entsprochen; da der erforderliche Aufwand bislang nicht zu beziffern ist, werden die Mittel zunächst mit einem Sperrvermerk versehen.

b)

Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN zu 060 365 010 – Personalkosten / Erhöhung Personalkosten um 60.000 € für Betreuung in Randzeiten

Beschluss 1:

Der Jugendhilfeausschuss lehnt den Antrag auf Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Personalkosten zur Verbesserung der Betreuung in Randzeiten mehrheitlich ab.

Abstimmungsergebnis

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		3	
SPD		2	
FDP			1
Bündnis 90/Die Grünen	1		
UWG	1		
In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen	1		
Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind		1	
Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind	1	2	
Gesamt:	4	8	1

Beschluss 2:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Verbesserung der Betreuung in Randzeiten zu entwickeln und in einer Sondersitzung zur Beratung vorzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ratsherr Fliege erläutert den Antrag; Ziel müsse sein, für in Vollzeit tätige Eltern auch die erforderlichen Wegezeiten durch Betreuung sicher zu stellen.

Im Verlauf der folgenden Diskussion besteht Einvernehmen über einen grundsätzlich vorhandenen Bedarf an erweiterten Öffnungszeiten. Hinsichtlich der Umsetzung und der damit einhergehenden Kosten besteht weitergehender Informations- und Diskussionsbedarf.

Fachbereichsleiter Annacker erläutert, dass bereits bei einer Ausweitung von 2 Stunden täglich an nur 4 Standorten Mehrkosten für Personal in Höhe von überschlägig 110.000 € jährlich entstünden. Derzeit seien die Öffnungszeiten mit der Kindpauschale nicht zu finanzieren. Im Rahmen der anstehenden KiBiz-Revision werde ein flexibleres Finanzierungssystem erhofft.

Nach intensiver Diskussion besteht Einvernehmen, die Verwaltung mit der Erstellung eines Konzeptes zu beauftragen, über das in einer Sondersitzung diskutiert werden solle.

Ratsherr Fliege hält den Antrag aufrecht, die Personalkosten 2019 um 60.000 € zu erhöhen, um ggf. eine Umsetzung ab dem Kita-Jahr 2019/2020 vornehmen zu können.

Dieser Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Sodann wird die Verwaltung einstimmig mit der Konzepterstellung beauftragt.

c)

Ausbau der Betreuungsplätze in Kindertageseinrichtungen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur 2. Lesung im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 06.12.2018 eine stadtteilbezogene Bedarfsdarstellung mit den denkbaren Ausbaumöglichkeiten unter Angabe von Prioritäten sowie dem entsprechenden Mittelbedarf vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Diskussion liegen folgende Anträge zugrunde:

aa) Antrag der CDU-Fraktion zu 060 365 010 – Erstellung einer mittelfristigen und stadtteilbezogenen Planung der Betreuungsplätze U3 und Ü3

bb) Antrag der SPD-Fraktion zu 010 111 140 – Techn. Gebäudemanagement / Bereitstellung von 300.000 € zur Errichtung von Provisorien

cc) Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN zu 010 111 140 – Techn. Gebäudemanagement
 - Bereitstellung von 60.000 € zur Planung von voraussichtlich 3 Kitas
 - zeitlicher Vorzug des Kita-Neubaus Osterath – Auftrag 701012116

Von Beginn an besteht Einvernehmen, dass Handlungsbedarf gegeben ist und erforderliche Mittel bereit zu stellen sind. Mit der Abgabe an den HFW solle ein starkes und einstimmiges Signal auch an den Rat ergehen, dass eine schnelle Umsetzung möglicher Maßnahmen, insbesondere aber die verstärkte Priorisierung von Neubauten zum Ausbau der Betreuungsplätze U3 und Ü3 unterstützt werden müsse.

Die Verweisung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsforderungsausschuss erfolgt einstimmig.

Produkt 060 366 010 Einrichtungen der Jugendarbeit Seite 407 - 412

Es gibt keinen Beratungsbedarf.

Produkt 060 367 010 Erziehungsberatungsstelle Seite 415 – 418

Es gibt keinen Beratungsbedarf.

Produkt 010 111 080 Serviceleistungen Baubetriebshof – soweit betroffen

Es gibt keinen Beratungsbedarf.

Produkt 010 111 140 Techn. Gebäudemanagement – soweit betroffen

Über die Anträge zum Ausbau der Betreuungsplätze in Kindertageseinrichtungen hinaus gibt es keinen weiteren Beratungsbedarf.

Abschließend erfolgt die einvernehmliche Zustimmung zum Gesamthaushalt FB2/Jugend.

6 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

7 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Es erfolgt keine weitere Information.

9 Termin der nächsten Sitzung: 27. Februar 2019

10 Verschiedenes

Es gibt keine Wortmeldungen.

Um 21.09 Uhr schließt Vorsitzende Schoppe den öffentlichen Teil der Sitzung.

Meerbusch, den 30. November 2018

Petra Schoppe
Ausschussvorsitzende

Angela Römmler-Graf
Schriftführer/in